

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 22.06.2020

Anmerkung:

Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um eine Information, basierend auf der Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates vom 22.06.2020.

Sie stellt keine (beglaubigte) Abschrift aus der Niederschrift dar, sondern lediglich eine inhaltliche Wiedergabe aus der Urschrift.



GEMEINDE NEUFAHRN BEI FREISING

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

<u>Sitzungsort:</u>	Käthe-Winkelmann-Halle, Käthe-Winkelmann-Platz 2		
<u>am:</u>	Montag, den 22.06.2020		
<u>Beginn:</u>	19:00 Uhr	<u>Ende:</u>	20:55 Uhr
<u>Vorsitzender:</u>	1. Bürgermeister Franz Heilmeyer		
<u>Schriftführerin:</u>	Ursula Gailus		

Anwesend:

Heilmeyer, Franz
Aichinger, Christopher, Dr.
Auinger, Manuela
Bandle, Frank
Bergauer, Felix
Buschendorf, Christian
Eckl, Franz
Eschlwech, Josef
Fischer, Melanie
Frommhold-Buhl, Beate
Häuser, Johannes
Heumann, Maximilian
Holzer, Manfred
Holzner, Josef, Dr.
Iyibas, Ozan
Kürzinger, Christa
Langwieser, Frank
Majstorovic, Matea
Manhart, Norbert
Mayerhanser, Judith
Meidinger, Christian
Mokry, Julia
Nadler, Christian
Pflügler, Florian
Pflügler, Stephanie
Rößler, Silke

Rübenthal, Burghard
Seidenberger, Thomas
Sen, Selahattin
Steinberger, Johannes
Szalontay, Attila

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- | | | |
|---------|--|---------------|
| 1) | Genehmigung von Niederschriften - öffentlicher Teil | |
| 1.1) | Niederschrift zur Sitzung des Ferienausschusses vom 27.04.2020 | Vorz/037/2020 |
| 1.2) | Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates vom 25.05.2020 | Vorz/039/2020 |
| 2) | Bestellung der / des Vorsitzenden für den Rechnungsprüfungs-
ausschuss | GL/039/2020 |
| 3) | Übernahme von erstatteten Gebühren der Träger von Kinder-
betreuungseinrichtungen im Wege der Defizitübernahme | HA/028/2020 |
| 4) | Gewährung einer Großraumzulage München für das Personal
der Träger der Neufahrner Kinderbetreuungseinrichtungen | HA/029/2020 |
| 5) | Genehmigung des Durchführungsvertrages im Zusammenhang
mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 128
"Sondergebiet für eine Freiflächenphotovoltaikanlage im Bereich
Neufahrner Gegenkurve" | Bau/085/2020 |
| 6) | 23. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan
Nr. 128 "Sondergebiet für eine Freiflächenphotovoltaikanlage im
Bereich der Neufahrner Gegenkurve" | Bau/001/2020 |
| 7) | Bebauungsplan Nr. 129
"Misch- und Wohngebiet entlang der Wolfgang-Zimmerer-Straße";
Erneute Auslegung nach § 4a Abs. 3 BauGB wegen Beschlüssen
zur Würdigung des Verfahrens nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2
BauGB | Bau/081/2020 |
| 8) | Beschlussfassung über Fortsetzung oder Unterbrechung von
Projekten im Bereich Hochbau | Bau/086/2020 |
| 9) | Bekanntgaben | |
| 9.1) | Vergabe Krippen- und Kindergartenplätze | |
| 9.2) | Ganztagsklassen Grundschulen und Jo-Mihaly-Mittelschule | |
| 10) | Anfragen | |
| 10.1) | Anfragen aus dem Gremium | |
| 10.1.1) | Hochwasserschutz Fürholzen | |
| 10.1.2) | Radweg Fürholzen - Massenhausen | |
| 10.1.3) | ISEK | |
| 10.1.4) | Corona-App | |
| 10.1.5) | Digital-Pakt | |
| 10.1.6) | Statue vor der Käthe-Winkelmann-Halle | |
| 10.2) | Anfragen aus dem Publikum | |
| 10.2.1) | Unterhalt von Kindertagesstätten | |

Bgm. Heilmeier eröffnete um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

GR Holzer stellte im Namen der Fraktion der FREIEN WÄHLER einen **Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung folgender Tagesordnungspunkte:**

- TOP Ö 3 „Übernahme von erstatteten Gebühren der Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen im Wege der Defizitübernahme“
- TOP Ö 4 „Gewährung einer Großraumzulage München für das Personal der Träger der Neufahrner Kinderbetreuungseinrichtungen“
- TOP Ö 8 „Beschlussfassung über Fortsetzung oder Unterbrechung von Projekten im Bereich Hochbau“

Eine Verteilung zusätzlicher Finanzmittel erschien der Fraktion in Anbetracht der derzeitigen Situation sowie der bis 31.07.2020 erlassenen Haushaltssperre nicht angebracht.

Bgm. Heilmeier wies darauf hin, dass ein entsprechender Antrag eines Trägers bereits vorliegt. Es bedarf deshalb eines Gremiumsentscheids. Der Erlass einer Haushaltssperre stellt keinen Grund dar, den Antrag nicht zu behandeln; primär handelt es sich hierbei um einen Verwaltungsakt. Seiner Meinung nach sollte das mit einer Entscheidung einhergehende Signal an die Träger berücksichtigt werden.

GR Seidenberger nahm Bezug auf die Sitzung des Ferienausschusses, in der eine Haushaltssperre bis 31.05.2020 beschlossen worden war und erkundigte sich hinsichtlich der angesprochenen Verlängerung bis 31.07.2020.

Kämmerer Halbinger erläuterte, dass die Verlängerung verwaltungsintern entschieden wurde, nachdem die finanzielle Entwicklung nach wie vor nicht absehbar ist. Der seinerzeitige Beschluss beinhaltete eine zustimmende Kenntnisnahme über den Erlass einer vorläufigen Haushaltssperre bis 31.05.2020 sowie einen Auftrag an die Verwaltung zur Vorbereitung eines Nachtragshaushalts. Die Zahlen der Einkommenssteuerentwicklung liegen voraussichtlich Mitte / Ende Juli vor. Die Gewerbesteuer ausfälle betreffend sollen laut Aussage des Bayerischen Städtetags noch in diesem Jahr Mittel zufließen. Ein Verteilerschlüssel ist bis dato nicht bekannt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Absetzung von TOP Ö 3, Ö 4 und Ö 8 von der Tagesordnung.

Abstimmung: Ja 6 Nein 25 (abgelehnt)

Weitere Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht vorgebracht.

Öffentlicher Teil

TOP 1 Genehmigung von Niederschriften - öffentlicher Teil

TOP 1.1 Niederschrift zur Sitzung des Ferienausschusses vom 27.04.2020

Sachverhalt:

Den Mitgliedern des Ferienausschusses wurde Gelegenheit gegeben, die Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Ferienausschusses vom 27.04.2020 einzusehen. Einwände wurden nicht vorgebracht.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Neufahrn genehmigt die Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung des Ferienausschusses vom 27.04.2020.

Abstimmung: Ja 31 Nein 0

TOP 1.2 Niederschrift zur Sitzung des Gemeinderates vom 25.05.2020**Sachverhalt:**

Den Mitgliedern des Gemeinderates wurde Gelegenheit gegeben, die Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 25.05.2020 einzusehen. Einwände wurden nicht vorgebracht.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Neufahrn genehmigt die Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung des Gemeinderates vom 25.05.2020.

Abstimmung: Ja 31 Nein 0

TOP 2 Bestellung der / des Vorsitzenden für den Rechnungsprüfungsausschuss**Sachverhalt:**

Rechtsgrundlagen: Art. 32, 33 Abs. 1 GO, Geschäftsordnung, Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechtes

Der Gemeinderat hat in der konstituierenden Sitzung am 11.05.2020 die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses bestellt.

Es sind noch der / die Vorsitzende einschließlich Stellvertretung zu bestellen. Nachdem nunmehr insgesamt 2 Vorschläge für die Bestellung vorliegen, besteht die Möglichkeit nicht einzeln abzustimmen, sondern eine Abstimmung im Wege einer „Abweichenden Reihenfolge“ festzulegen. Damit hätte jedes Mitglied nur eine Stimme für einen der beiden vorliegenden Vorschläge abzugeben. Dieses Procedere ist durch den Gemeinderat vor der Abstimmung beschlussmäßig festzulegen (vgl. *Busse, Keller; Taschenbuch für Gemeinde- und Stadträte in Bayern, Boorberg Verlag, 5. Auflage, S. 65*).

1.

Die Fraktionen von CSU und FREIE WÄHLER sowie die Ausschussgemeinschaft BfN / ÖDP / FDP schlagen mit nachgereicherter E-Mail des CSU-Fraktionssprechers Burghard Rübenenthal vom 14.06.2020 als Vorsitzenden Herrn Burghard Rübenenthal und als Stellvertreter Herrn Norbert Manhart vor.

2.

Die Fraktionen der DIE GRÜNEN und der SPD schlagen als Vorsitzende Frau Manuela Auinger und als Stellvertreter Herrn Burghard Rübenenthal vor.

Zur Begründung wurde auf die Schreiben der Fraktionen verwiesen, die der Beschlussvorlage beigelegt waren.

Diskussionsverlauf:

Bgm. Heilmeier erläuterte das Abstimmungsprozedere.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt die Beschlussfassungen über die Bestellungen zum/r Vorsitzenden bzw. zur Stellvertretung des / der Vorsitzenden des Gremiums „Rechnungsprüfungsausschuss“ im Wege der „Abweichenden Reihenfolge“ zu fassen. Jedes Mitglied des Gemeinderates hat für die zwei Vorschläge nur eine Stimme, Stimmenthaltung gibt es nicht. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Abstimmung: Ja 31 Nein 0

Bgm. Heilmeier bat die Gremiumsmitglieder um Vorschläge.

GR Eckl als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses schlug GR Rübenenthal als Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses vor.

GRin Mokry schlug GRin Auinger als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses vor und begründete dies entsprechend dem Schreiben der Fraktion DIE GRÜNEN vom 15.06.2020.

GRin Frommhold-Buhl schlug im Namen der SPD-Fraktion unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 15.06.2020 ebenfalls GRin Auinger vor.

Die Stimmverteilung fiel wie folgt aus:

GRin Auinger	13 Stimmen
GR Rübenenthal	18 Stimmen

Beschluss 2:

Der Gemeinderat bestellt zum Vorsitzenden des Gremiums „Rechnungsprüfungsausschuss“ Herrn Burghard Rübenenthal.

Abstimmung: Ja 18 Nein 13

Für die Stellvertretung wurden folgende Vorschläge eingebracht:

GRin Mokry schlug im Namen der Fraktion DIE GRÜNEN mit gleicher Begründung GRin Auinger vor.

GR Holzer schlug im Namen der Fraktion FREIE WÄHLER GR Manhart vor. Begründet wurde dies mit seinen betriebswirtschaftlichen Kenntnissen sowie der bisherigen Erfahrungen im Rechnungsprüfungsausschuss.

Die Stimmverteilung fiel wie folgt aus:

GRin Auinger	16 Stimmen
GR Manhart	15 Stimmen

Beschluss 3:

Der Gemeinderat bestellt zur Stellvertretung des Vorsitzenden des Gremiums „Rechnungsprüfungsausschuss“ Frau Manuela Auinger.

Abstimmung: Ja 16 Nein 15

TOP 3 Übernahme von erstatteten Gebühren der Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen im Wege der Defizitübernahme**Sachverhalt:**

Der Ferienausschuss hat in seiner Sitzung am 27.04.2020 beschlossen, den Trägern der Neufahrner Kinderbetreuungseinrichtungen den vertraglich festgeschriebenen Betrag von € 500,- pro Jahr und Gruppe zu gewähren, um die durch nicht erhobene Elternbeiträge entstandenen Einnahmeverluste auszugleichen.

Eine weitergehende Erstattung im Rahmen der Defizitübernahme wurde als freiwillige Leistung der Gemeinde zurückgestellt und sollte im Zuge eines Nachtragshaushalts entschieden werden.

Für den Zeitraum vom 16.03. bis 31.03.2020 entstehen in allen Kinderbetreuungseinrichtungen Einnahmeausfälle von ca. € 55.700,-. Die bereits für den Monat März eingezogenen Elternbeiträge wurden von den Trägern wieder zurückerstattet.

Für die Monate April bis Juni entstehen als ungedeckte Kosten unter Anrechnung der staatlichen Pauschalen Einnahmeausfälle von ca. € 50.000,-. Durch die großzügigen Regelungen zur Notbetreuung und die weitergehende Öffnung der Krippen und Kindergärten ab 15.06.2020 kann es hier aber noch zu Abweichungen kommen. Die staatlichen Pauschalen werden nur für Kinder gewährt, für die in den fraglichen Monaten keine Beiträge entrichtet wurden. Für Zeiten der Notbetreuung wurden von den Trägern nur Anteile der Gebühren erhoben, wenn die Buchungen nur für wenige Tage im Monat erfolgten. Im Gegenzug entfällt aber die staatliche Unterstützung komplett. Andererseits haben aber mehr Kinder die Einrichtungen besucht als ursprünglich kalkuliert, so dass hier keine Einnahmedefizite entstanden sind.

Beschluss:

Die Gemeinde Neufahrn erstattet den Trägern der Neufahrner Kinderbetreuungseinrichtungen die für den Zeitraum vom 16.03. – 31.03.2020 entstandenen Einnahmeausfälle, sofern die Elternbeiträge nicht erhoben oder wieder rückerstattet wurden.

Außerdem übernimmt die Gemeinde Neufahrn die Einnahmeausfälle, die nach Inanspruchnahme der staatlichen Pauschalunterstützungen für die Monate April, Mai und Juni entstehen. Als Grundlage für die Berechnung überlassen die Träger für den genannten Zeitraum eine Aufstellung aller Kinder mit Buchungszeiten und den tatsächlich erhobenen Gebühren.

Die Kosten können als ungedeckter Betriebsaufwand im Rahmen der jährlichen Defizitabrechnungen geltend gemacht werden. Die bereits vom Ferienausschuss beschlossene Übernahme eines ungedeckten Betriebsaufwands von € 500,- je Gruppe und Jahr wird davon in Abzug gebracht.

Die Gesamtkosten von € 105.000,- werden im Haushalt 2021 bereit gestellt.

Abstimmung: Ja 31 Nein 0

TOP 4 Gewährung einer Großraumzulage München für das Personal der Träger der Neufahrner Kinderbetreuungseinrichtungen**Sachverhalt:**

Seitens der Träger der Neufahrner Kinderbetreuungseinrichtungen liegen Anfragen vor, ob die Gemeinde Neufahrn die Großraumzulage München, die seit Januar 2020 an Beschäftigte der Gemeinde gezahlt wird, im Rahmen der Defizitvereinbarungen auch den Trägern gewähren wird.

Bisher zählt eine solche Zulage nicht zum ungedeckten Betriebsaufwand und kann deshalb im Rahmen der Defizitübernahme durch die Gemeinde nicht geltend gemacht werden.

Die Großraumzulage kann – unabhängig vom Wohnort des Beschäftigten – an alle Mitarbeiter ausbezahlt werden und „ersetzt“ in diesem Fall die bisher gewährte Ballungsraumzulage.

Folgende Beträge sind für die Großraumzulage festgelegt: ein monatlicher Betrag von € 270,- brutto an alle Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe S 14, ab Entgeltgruppe S 15 ein monatlicher Betrag von € 135,-.

Die Gesamtkosten für die Gemeinde Neufahrn würden sich bei einer Kostenübernahme für alle Träger – unter Anrechnung der bereits bisher gewährten Ballungsraumzulage – auf ca. € 160.000,- pro Jahr belaufen. Es handelt sich um eine freiwillige Leistung, die eventuell dazu beitragen würde, die Personalsuche der Träger zu unterstützen.

Diskussionsverlauf:

GR Buschendorf informierte das Gremium über ein Beschäftigungsverhältnis eines engeren Familienmitglieds in der Einrichtung eines Trägers der Gemeinde Neufahrn.

GL Sczudlek teilte mit, dass die Verwaltung im Vorfeld in Kenntnis gesetzt worden war und eine Überprüfung der Thematik bereits stattgefunden habe. Es handelt sich um ein Verwandtschaftsverhältnis 2. Grades. Die Prüfung hat ergeben, dass es sich in diesem Fall nicht um ein Individualinteresse sondern um ein Gruppeninteresse handelt. Der Beschlussvorschlag zielt auf alle Trägerschaften der Neufahrner Kinderbetreuungseinrichtungen ab. Eine „persönliche Beteiligung“ ist daher nachrangig und ein Ausschluss von der Abstimmung nicht erforderlich. Er wies darauf hin, dass der Beschluss bei einem unberechtigten Ausschluss von einer Abstimmung anfechtbar bzw. ungültig wäre. Insbesondere im Hinblick auf die neuen Gremiumsmitglieder merkte er an, dass eine mögliche „persönliche Beteiligung“ stets vor Einstieg in eine Beratung anzuzeigen ist.

Feststellungsbeschluss:

Der Gemeinderat stellt fest, dass bei GR Buschendorf aufgrund des vorgetragenen Sachverhalts keine „persönliche Beteiligung“ vorliegt.

Abstimmung: Ja 30 Nein 0

-1- Stimmenthaltung (GR Buschendorf)

GR Seidenberger sprach sich für eine Gleichbehandlung und somit für eine Gewährung der Großraumzulage München aus. Die Kinderbetreuung stelle einen elementaren Bereich dar, unabhängig davon, ob dieser mit gemeindeeigenem Personal oder durch eine Trägerschaft abgedeckt wird. Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor sehr angespannt und jede Möglichkeit, die die Personalgewinnung erleichtert, sollte seiner Meinung nach zum nächst möglichen Zeitpunkt genutzt werden.

GRin Mokry schloss sich den Ausführungen von GR Seidenberger an. Aktuelle Studien haben gezeigt, dass sich konstante Beziehungen positiv auf eine frühkindliche Erziehung auswirken. Im Namen der Fraktion DIE GRÜNEN bat sie zu prüfen, ob trotz der derzeitigen finanziellen Engpässe eine Gewährung der Großraumzulage München bereits ab September 2020 möglich wäre. Abgesehen von Nachteilen bei der Gewinnung neuen Personals laufe man ansonsten Gefahr, auch das bereits vorhandene Personal zu verlieren.

GRin Frommhold-Buhl fügte hinzu, dass in den letzten Jahren stets alles Mögliche getan worden sei, um die Personalgewinnung zu unterstützen, u. a. durch den Bau von Personalwohnungen. Sie plädierte deshalb für eine Gewährung der Großraumzulage München.

GRin Auinger erkundigte sich hinsichtlich der Laufzeit, im Falle einer Zustimmung. Des Weiteren befürchtete sie, dass neu eingestelltes Personal (Zulage + kostengünstige Dienstwohnung) gegenüber dem bereits langjährig beschäftigten Mitarbeiter/innen (nur Zulage) bevorzugt werden könnte. Sie fragte nach der Möglichkeit hinsichtlich einer Differenzierung.

Kämmerer Halbinger wies darauf hin, dass die Zulage nur dem gesamten Personal gewährt werden könne, unabhängig ob eine Dienstwohnung zur Verfügung gestellt werden kann oder nicht.

Die Großraumzulage München wird sich im nächsten Jahr in den Defizitabrechnungen niederschlagen. Für die künftigen Haushaltsjahre gelte es, die jährlichen Kosten von ca. € 160.000,- an anderer Stelle einzusparen.

ALin Wiencke-Bimesmeier merkte an, dass die Anträge der Träger auf eine soweit wie möglich rückwirkende Gewährung der Großraumzulage München abzielten. Einzig bei den katholischen Einrichtungen wäre aufgrund tariflicher Gegebenheiten frühestens der 01.05.2020 möglich. Nachdem zum 01.09.2020 das neue Betreuungsjahr beginnt, würde sich dieser Zeitpunkt anbieten. Für das gemeindeeigene Personal gelte eine Befristung bis zunächst 31.12.2023.

Bgm. Heilmeier schlug vor, in den Beschlussvorschlag eine Gewährung der Großraumzulage München ab dem 01.09.2020 mit aufzunehmen.

Damit bestand Einverständnis.

GR Iyibas unterstrich die bisherigen Redebeiträge. Dennoch müsse man seiner Meinung nach die derzeitige finanzielle Lage berücksichtigen, zumal die Aufwendungen im Haushalt bislang nicht enthalten seien. Zudem handle es sich um eine „freiwillige Leistung“. Im Hinblick auf den folgenden Tagespunkt mit der einhergehenden Verschiebung von Projekten und Maßnahmen bat er um Verständnis, dass der zum jetzigen Zeitpunkt der Gewährung einer Zulage nicht zustimmen kann.

GRin Mokry wies darauf hin, dass in den Beschlussvorschlag analog eine Befristung bis zum 31.12.2023 mit aufgenommen werden sollte.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Übernahme der Großraumzulage München für alle Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen im Gemeindegebiet ab dem 01.09.2020. Die Zulage ist zunächst bis 31.12.2023 befristet.

Abstimmung: Ja 26 Nein 5

TOP 5 Genehmigung des Durchführungsvertrages im Zusammenhang mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 128 "Sondergebiet für eine Freiflächenphotovoltaikanlage im Bereich Neufahrner Gegenkurve"

Das im Beschlussvorschlag noch fehlende Datum des Durchführungsvertrages konnte in der Sitzung nicht ergänzt werden. Aus formellen Gründen mussten deshalb dieser und der folgende Tagesordnungspunkt vertagt werden.

Das Gremium stimmte einvernehmlich einer Vertagung von TOP Ö 5 und TOP Ö 6 zu.

TOP 6 23. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 128 "Sondergebiet für eine Freiflächenphotovoltaikanlage im Bereich der Neufahrner Gegenkurve"

- vertagt -

**TOP 7 Bebauungsplan Nr. 129
"Misch- und Wohngebiet entlang der Wolfgang-Zimmerer-Straße";
Erneute Auslegung nach § 4a Abs. 3 BauGB wegen Beschlüssen zur
Würdigung des Verfahrens nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB**

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 18.12.2017 die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 129 „Gewerbe-, Misch- und Wohngebiet entlang der Wolfgang-Zimmerer-Straße“ für den Bereich Wolfgang-Zimmerer-Straße, östlich der Christl-Cranz-Straße, nördlich der Sepp-Manger-Straße, westlich der Carl-Diem-Straße sowie eine Fläche westlich der Gottfried-von-Cramm-Straße beschlossen. Es handelt sich hierbei um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung. Das Bauleitplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren nach § 13 a Baugesetzbuch(BauGB) durchgeführt. Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen.

In der Sitzung des Gemeinderats am 25.05.2020 wurde die Würdigung des Verfahrens nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt. Im Rahmen dieser Sitzung wurden mehrere Beschlüsse gefasst, die eine Änderung des Bebauungsplanes mit sich bringen (Herausnahme der Treppenanlage zur Christl-Cranz-Straße, Anpassung des Baurechtes an rechtskräftigen Vorbescheid, Aufnahme von Festsetzungen zum Lärmschutz gemäß der schalltechnischen Untersuchung).

Im BauGB § 4a Abs. 3 heißt es: „Wird der Entwurf des Bauleitplans nach dem Verfahren nach § 3 Absatz 2 oder § 4 Absatz 2 geändert oder ergänzt, ist er erneut auszulegen und sind die Stellungnahmen erneut einzuholen.“ Aufgrund der beschlossenen Änderungen, die nun auch noch eine Änderung der Erschließungsplanung umfassen, sieht die Verwaltung die Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses, der in der Sitzung am 25.05.2020 gleichfalls gefasst wurde, als nicht mehr rechtskonform an. Maßgeblich ist in diesem Zusammenhang, dass hierbei nicht der Prüfungsmaßstab der „Grundzüge der Planung“ berührt sein muss. Es reicht die reine mögliche Betroffenheit von Bürgern und Anwohnern aus. Gerade durch die Herausnahme der fußläufigen Verbindungstreppe könnten Bürgerinnen und Bürger betroffen sein, die sich vielleicht in einem neuerlichen Verfahrensschritt hierzu äußern wollen.

Es wird daher zur Rechtssicherheit des Bebauungsplanes empfohlen, den Satzungsbeschluss zurück zu nehmen und die Bauverwaltung zu beauftragen, ein erneutes Verfahren entsprechend § 4a Abs. 3 BauGB durchzuführen. Es ist die Planung unter Berücksichtigung

der am 25.05.2020 gefassten Würdigungsbeschlüsse zu verwenden. Dabei kann die Frist für die erneute Auslegung angemessen auf zwei Wochen verkürzt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den am 25.05.2020 gefassten Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 129 „Gewerbe-, Misch- und Wohngebiet entlang der Wolfgang-Zimmerer-Straße“ zurück zu nehmen. Die Bauverwaltung wird beauftragt, ein erneutes Verfahren entsprechend § 4a Abs. 3 BauGB durchzuführen. Für das Verfahren ist die Entwurfsplanung des Bebauungsplanes Nr. 129 „Gewerbe-, Misch- und Wohngebiet entlang der Wolfgang-Zimmerer-Straße“ unter Berücksichtigung der am 25.05.2020 gefassten Würdigungsbeschlüsse zu verwenden. Die Auslegungsfrist wird auf zwei Wochen verkürzt.

Abstimmung: Ja 30 Nein 1

TOP 8 Beschlussfassung über Fortsetzung oder Unterbrechung von Projekten im Bereich Hochbau

Sachverhalt:

Die Bundesregierung hat im aktuellen Maßnahmenpaket einen Ausgleich der Gewerbesteuer ausfälle und weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen beschlossen. Da die Umsetzung dieser Beschlüsse noch nicht geklärt ist und die Ausfälle der Einkommenssteuerbeteiligungen wohl nicht kompensiert werden, sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den gemeindlichen Haushalt weiterhin nur sehr unscharf benennbar.

Nach einigen abteilungsübergreifenden Gesprächen wird dem Gemeinderat folgendes Vorgehen angesichts der weiterhin unklaren finanziellen Prognosen vorgeschlagen:

- Fokussierung auf den HH 2020 und darin auf zentrale Investitionsmaßnahmen mit dem Ziel, durch einen Stopp einiger ausgewählter Projekte im aktuellen Jahr für ausreichende Entlastung zu sorgen
- Inhaltliche Entscheidung über das weitere Vorgehen bei den gestoppten Projekten im Zuge der HH-Beratungen 2021

Dazu wurden für die Sitzung sechs Projekte ausgewählt und empfohlen, aus den im Sachverhalt dargestellten Hintergründen die Fortführung der Maßnahmen Altes Mesnerhaus und Sanierung Albert-Einstein-Straße sowie den Stopp der Maßnahmen Altengerechtes Wohnen, Jahnturnhalle 2, Mensa Mittelschule sowie Erweiterung Hort.

Mit diesen umfangreichen Unterbrechungen sieht die Verwaltung gute Chancen für eine ausreichende Entlastung des laufenden Haushaltes. Falls erforderlich, werden in der nächsten Sitzung weitere Projekte zur Entscheidung vorbereitet.

1. Mesnerhaus

Aktuelle Situation: Der Schimmelbefall aufgrund des Löschwassereintrags wurde nie beseitigt. Es wird von Architekt Peschmann befürchtet, dass die Myzele in immer tiefere Schichten der Gebäudesubstanz vordringen und damit das vom Denkmalamt genehmigte Sanierungskonzept nur noch mit unverhältnismäßigem Aufwand umgesetzt werden kann. Es wird gegenwärtig geprüft, ob eine substanzerhaltende Minimalmaßnahme zielführend ist und welcher Aufwand hiermit verbunden ist. Laut aktueller Kostenermittlung würden für die wichtigsten konservatorischen Maßnahmen an Wänden und Decken ca. € 75.000,- erforderlich,

müssen zusätzlich noch die Holzelemente gesichert werden ist von weiteren € 50.000,- auszugehen.

Die bisherigen Ausgaben für Planung, Gutachten, Beräumung und Dacherneuerung: € 380.291,-. Die Fertigstellung der Gesamtmaßnahme erfordert weitere € 1.799.000,-. Die erwarteten Einnahmen aus der Städtebauförderung betragen ca. € 1.300.000,-, zusätzlich sind geringere Einnahmen durch Gebäudeversicherung und Förderung durch die Bezirksregierung möglich.

Hr. Peschmann sowie das Statikbüro Brandl und Eltschik haben sich gegenwärtig wieder in das Projekt eingearbeitet. Bei einer temporären Unterbrechung bis zur Haushaltsberatung im Herbst 2020 würden erst einmal keine zusätzlichen Planungskosten anfallen. Wird das Projekt langfristig geschoben, sind diese Leistungen nach Aufwand zu bezahlen und bei einem erneuten Projektstart wiederum zu leisten. Zusätzlich ist das bestehende Gerüst, das gegenwärtig als einziger Zugang zum Dachgeschoss erforderlich ist, zurück- und dann wieder aufzubauen oder die fortlaufende Standmiete einzuplanen und die provisorische Dachentwässerung ist für den Zeitraum der Projektverschiebung in einen dauerhaften Zustand zu bringen. Für den verlorenen Aufwand sollten dann ca. € 50.000,- im Haushalt eingeplant werden.

2. Gebäudesanierung Albert-Einstein-Straße 2.BA

Die Regierung von Oberbayern hatte angeboten, die bisherige Fördermaßnahme nach KommWFP um einen 2. Bauabschnitt zu erweitern und sogar die bereits erfolgte Heizungsanierung darin ebenfalls zu berücksichtigen. Ebenso könnten Maßnahmen, die sowieso laufend anstehen wie die sukzessive Badersanierung, innerhalb einer Fördermaßnahme abgewickelt werden. Eine Kostenschätzung der Leitungssanierung liegt vor, sobald die Bewilligung der Förderung durch die Kämmerei eingeholt ist sollte die Maßnahme gestartet werden. Da bislang noch keine Förderzusage vorliegt erscheint eine Umsetzung der Maßnahme in 2020 kaum noch realisierbar.

Die Kostenschätzung beläuft sich auf rund € 350.000,-. Dafür sind Mittel in gleicher Höhe im Haushalt 2020 vorgesehen. Aus dem ersten Bauabschnitt sind ca. € 90.000,- Restmittel übrig, die voraussichtlich nicht mehr benötigt werden. Die Höhe der Förderung besteht aus einem Zuschuss von 30 % und einem Darlehen von 60 % mit gegenwärtig 0 % Zinsen. Der gemeindliche Haushalt wird mit dem Eigenanteil von 10 % bzw. € 35.000,- belastet. Die Rückzahlung des Darlehens kann auf 30 Jahre gestreckt werden, was € 7.000,- pro Jahr ausmachen würde.

Bei einer Nichtdurchführung des Projekts ist damit zu rechnen, dass die einzelnen Maßnahmen in den nächsten Jahren trotzdem fällig werden, dann aber ohne Förderung durchgeführt werden müssten.

3. Altengerechtes Wohnen Bahnhofstraße

Das Grundstück befindet sich seit rund 15 Jahren im Eigentum der Gemeinde. Es ist von den zuständigen Fachabteilungen im Rathaus ein soziales Betreuungs- und Wohnkonzept entwickelt worden und zur baulichen Umsetzung genehmigungsreif ausgeplant worden. Wirtschaftliche Optimierungsmöglichkeiten wurden geprüft und gehen zulasten der Gemeinschaftsflächen und des Sozialkonzepts. Die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme liegt je nach angenommenem Grundstückswert (Kaufpreis oder aktueller Wert) leicht unterhalb oder leicht oberhalb des Moosburger Sozialwohnungsprojekts. Nach aktuellem Stand wäre eine Fertigstellung im Jahr 2023 möglich.

Die Kostenschätzung Stand Herbst 2019 beträgt € 2.860.000,-. Von den Planern wurde auftragsgemäß eine genehmigungsfähige Planung vorgelegt, die bislang nicht im Bauausschuss zur Eingabe freigegeben worden ist. Bisherige Ausgaben für die Planung belaufen sich aktuell auf € 135.500,-. Weitere Planungskosten bis zur Leistungsphase 4 sind noch abzurechnen (u. a. auch die vom Bauausschuss geforderte Untersuchung zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit). Eine Unterbrechung des Projektes würde aufgrund des erreichten Planungsstands zu keinen nennenswerten Mehrkosten für die Gemeinde führen.

Die Regierung von Oberbayern hat ein hohes Interesse an einer Förderung des Projekts im Rahmen des KommWFP signalisiert. Dies bedeutet einen Zuschuss in Höhe von 30 % der Kosten inklusive des aktuellen Grundstückswerts und ein zinsloses Darlehen der Restsumme bis zum Eigenmittelanteil der Kommune in Höhe von 10 %. Das Grundstück hat eine Größe von 686 Quadratmetern. Setzt man € 1.000,- pro Quadratmeter als Wert an, so beträgt der Zuschuss € 1.063.800,-.

Der gemeindliche Haushalt wird mit € 355.000,- im Zeitraum der Projektrealisierung belastet, wenn man den Eigenanteil der Gemeinde als Haushaltsmittel vorsieht. Die Rückzahlung des Darlehens kann auf 30 Jahre gestreckt werden, was dann € 48.040,- jährlich bedeuten würde.

Grundsätzlich kann auch das Grundstück als erbrachte Eigenleistung der Gemeinde angerechnet werden. Da dessen Wert schon über der Grenze des 10%igen Eigenanteils übersteigt könnte das Projekt auch ohne Eigenmittel der Gemeinde durchgeführt werden. Das Förderprogramm KommWFP ist bis Ende 2023 befristet.

4. Jahnturnhalle 2

Bereits vor mehr als 15 Jahren beurteilte der Gemeinderat die Versorgung der Grundschulkinder mit schulnahen Sportmöglichkeiten als unzureichend und beauftragte die Planung für den Bau einer weiteren Turnhalle am Schulstandort. Die Planung wurde im Stadium der Eingabeplanung abgebrochen. Eine Baugenehmigung wurde noch erteilt. 2019 beschloss der Gemeinderat die Fortsetzung der Planung. Im Mai 2020 vertagte der BUMA die Beauftragung der Fachplaner bis zur Entscheidung des Gemeinderats über die Fortsetzung des Vorhabens.

Die Haushaltsplanung geht von € 3.930.000,- Gesamtkosten aus. Die Förderung nach FAG kann grob mit 35 % kalkuliert werden und beträgt demnach € 1.375.500,-. Der gemeindliche Haushalt wird demnach mit € 2.554.500,- im Zeitraum der Projektrealisierung belastet.

Die Planer und Projektanten haben aktuell damit begonnen, sich wieder in das Projekt einzuarbeiten. Bei einer temporären Unterbrechung bis zur Haushaltsberatung im Herbst 2020 würden erst einmal keine zusätzlichen Planungskosten anfallen. Wird das Projekt langfristig geschoben sind diese Leistungen nach Aufwand zu bezahlen und bei einem erneuten Projektstart wiederum zu leisten.

5. Mensa Mittelschule

Die Planungen begannen 2017, ursprünglich mit einem Anbau an der Ostseite der Schule als Lösungsansatz. 2018 wurde das geänderte Konzept mit einer Zusammenfassung von Aula und Mensa auf der Westseite des Schulgebäudes vom Gemeinderat zur Umsetzung beschlossen. Durch die gleichzeitig beschlossenen zusätzlichen Maßnahmen ermittelte sich ein Gesamtkostenbedarf von € 4.540.215,-. Anfang 2019 wurde die Baugenehmigung erteilt und in der Folge damit begonnen, die Vergabe vorzubereiten. Die Ankündigung der Schulleiterin, künftig keinen Ganztagesunterricht mehr anbieten zu wollen führte zu einer Unterbrechung der Maßnahme.

Die Maßnahme ist für eine Förderung nach FAG vorgesehen. Damit kann von ca. 35 % als Zuschuss ausgegangen werden, was € 1.589.000,- ausmachen würde. Der gemeindliche Haushalt wird mit € 2.951.000,- im Zeitraum der Projektrealisierung belastet.

Für die beiden Hauptgewerke liegen bereits die Leistungsbeschreibungen für die Ausschreibung vor. Bei einer längerfristigen Projektunterbrechung würden die bisherigen Planungsleistungen abgerechnet werden. Bei der anschließenden Wiederaufnahme des Planungsprozesses kann eine Vergütung des Mehraufwands seitens der Planer verlangt werden, insbesondere wenn nicht mehr das gleiche Planungsbüro tätig wird. Dies kann dann eine Wiederholung der Leistungsphase 1 bedeuten. Wiederholungsleistungen bei den nachfolgenden Leistungsphasen können dann notwendig sein, wenn geänderte Anforderungen rechtlicher Art oder des Auftraggebers dies erforderlich machen.

6. Erweiterung Hort zur viergruppigen integrativen Einrichtung

Im Zusammenhang mit Überlegungen zum Rückbau der Container auf dem Parkplatz der Grundschule 1 am Jahnweg beauftragte der Gemeinderat 2019 die Verwaltung, die Erweiterung des Horts zur viergruppigen integrativen Einrichtung in die Wege zu leiten. Die Bestandsaufnahme ergab, dass der bestehenden Einrichtung erhebliche Teile des für einen ordnungsgemäßen Betrieb nach heutigen Anforderungen erforderlichen Raumprogramms fehlen. Im Anfang 2020 vorgestellten Vorentwurf wurden diese fehlenden Räume in die Erweiterung mit einbezogen. Die Bestandsuntersuchungen führten auch zu ernsten Zweifeln an der Nachhaltigkeit einer Sanierung und Weiterverwendung des bestehenden Erweiterungsgebäudes. Deshalb wurde ein Ersatz ebenfalls vorgesehen. Die Fertigstellung war für 2022 vorgesehen.

Die Kosten der vom Gemeinderat zur Umsetzung beschlossenen Variante betragen gemäß einer Ermittlung nach Baukostenindex € 2.810.000,-. Die Maßnahme soll nach KAG gefördert werden. Überschlägig kann mit 35 % gerechnet werden, was € 983.500,- ausmachen würde. Der gemeindliche Haushalt wird demnach mit € 1.810.000,- im Zeitraum der Projektrealisierung belastet.

Bei einem längerfristigen Stopp des Vorhabens würden die Kosten der bisherigen Planung abgerechnet. Bei einer Fortsetzung zu einem späteren Zeitpunkt durch das gleiche Planungsbüro ist nicht mit relevanten Mehrkosten für die Planungsleistungen zu rechnen.

Diskussionsverlauf:

Bgm. Heilmeier erläuterte, warum über das Projekt „Mesnerhaus“ zuletzt diskutiert werden sollte.

Das Gremium erklärte sich einvernehmlich mit der Änderung der Reihenfolge einverstanden.

GR Meidinger plädierte für eine Verschiebung aller Projekte um zunächst 3 Monate.

GR Manhart nahm Bezug auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaft, in der über die Verschiebung von Projekten ausgiebig diskutiert worden war. Eine finale Entscheidung konnte nicht getroffen werden, da noch keine Zahlen über die Erstattung der Ausfälle vorlagen. Nachdem vermutlich erst gegen Mitte / Ende Juli belastbare Zahlen bekannt gegeben werden und jegliche weitere Kreditaufnahme mangels einer Finanzierung von Zinsen und Tilgung nicht möglich ist, sprach er sich dafür aus, zunächst alle Projekte zu stoppen bzw. zu verschieben. Er teilte mit, dass er im Moment keiner Fortsetzung von Maßnahmen zustimmen werde.

Gebäudesanierung Albert-Einstein-Straße 2. BA

GR Meidinger erkundigte sich, welche Auswirkungen eine Verschiebung auf die Bewohner hätte.

GRin Frommhold-Buhl brachte in Erinnerung, dass sie sich seit vielen Jahren für die Sanierung der Gebäude eingesetzt habe. Sie bezog sich auf die Sachverhaltsdarstellung, wonach bei einer Distanzierung von diesem Vorhaben in den nächsten Jahren trotzdem mit zwingend erforderlichen Maßnahmen zu rechnen sei, dann aber ohne Förderung. Nachdem auch die Verwaltung eine Fortführung der Arbeiten vorschlug, sprach sie sich für eine Weiterführung der Sanierung aus.

GRin Auinger schloss sich den Ausführungen von GRin Frommhold-Buhl an und betonte, dass die Gebäude 50 Jahre alt seien. Insbesondere die Leitungen und die Sanitärbereiche wären sehr marode. Aufgrund der guten Förderbedingungen plädierte sie ebenfalls für eine Fortsetzung der Maßnahme.

Kämmerer Halbinger korrigierte den Sachverhalt dahingehend, dass für die Gesamtmaßnahme einschließlich Sanierung ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn bereits vorliegt. Mit der Maßnahme hätte jederzeit begonnen werden können. Die Förderung liegt bei 30 %; die Möglichkeiten einer Darlehensaufnahme seien fraglich.

BAL Schöfer wies darauf hin, dass die Maßnahme mangels hausinterner Rückmeldung über die Förderzusage noch nicht begonnen wurde; insofern gibt es keine baustellenbedingte Belastungen für die Bewohner. Sofern gewünscht, könne sofort mit der Planung und Ausschreibung gestartet werden.

Altengerechtes Wohnen Bahnhofstraße

GL Sczudlek teilte auf Anfrage von GRin Mokry mit, dass das im Sachverhalt dargestellt Förderprogramm einen „Beginn“ der Maßnahme bis Ende 2023 voraussetze.

Jahnturnhalle 2

GRin Rößler erkundigte sich hinsichtlich der Hallenbelegung insgesamt.

Bgm. Heilmeier führte als Grund für die erneute Aufnahme einer früheren Planung, die massive Überbelegung aller Turnhallen bereits über Jahre an. Seiner Meinung nach ist ein Bedarf absolut gegeben.

Kämmerer Halbinger sprach den künftigen Umgang mit nicht-schulischen Veranstaltungen an. Für Nutzungen dieser Art bedarf es der Berechnung eines geringen Entgeltes, um die mit den Baukosten verbundenen Umsatzsteueranteile (Vorsteuer) erstattet zu bekommen. Hierfür ist eine Einnahmenerzielungsabsicht nachzuweisen. Der Sachverhalt wird dem Gremium zu gegebener Zeit vorgelegt.

GRin Auinger äußerte sich zur Käthe-Winkelmann-Halle, die dem Anlagevermögen des Kommunalunternehmens zugeordnet ist. Die Jahnturnhalle hingegen werde von der Liegenschaftsabteilung des Rathauses verwaltet. Sie bat, dies in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen.

Mensa Mittelschule

GRin Frommhold-Buhl betonte, dass das Vorhaben einzig wegen der seinerzeit beabsichtigten Einstellung der schulischen Ganztagsbetreuung noch nicht umgesetzt worden sei.

Erweiterung Hort zur viergruppigen integrativen Einrichtung

GRin Frommhold-Buhl teilte im Namen der SPD-Fraktion mit, dass diese einer Verschiebung der Maßnahme zustimmen werde, jedoch folgenden Zusatzantrag stelle:

Die SPD-Fraktion beantragt die Vorlage einer alternativen Kostenberechnung bis zu den Haushaltsberatungen auf Basis einer Containererneuerung. Durch den Anbau soll primär ein Ausbau der integrativen Betreuung ermöglicht werden. Der Abbau der äußerst maroden Container ist in der Planung enthalten. Es handelt sich beim bisherigen Hortgebäude bereits um einen Containerbau, so dass im Falle einer weiteren Containerlösung ebenfalls von einer Standzeit über einen längeren Zeitraum ausgegangen werden könne. Das Personal wäre nicht abgeneigt. Ggf. ergeben sie niedrigeren Kosten, selbst ohne Förderung.

Mesnerhaus

GR Bandle erkundigte sich hinsichtlich des Versicherungsschutzes.

Kämmerer Halbinger teilte mit, dass das Gebäude „Zeitwert-versichert“ gewesen sei. Seitens der Versicherung liegt bereits eine Zusage über die Erstattung von 20 % der brandbedingten Schäden vor; dies entspricht einem Betrag zwischen € 50.000,- und € 75.000,-.

GRin Mayerhanser bat um eine Information, ob der Versicherungsschutz bewusst niedrig gehalten worden war oder ein Fehler des Versicherungsmaklers für die Unterversicherung ursächlich sei.

Kämmerer Halbinger verdeutlichte, dass sich die Schuldfrage aufgrund des langen Zeitraums nicht mehr nachvollziehen ließ. Der Brandschaden war in 2015 sofort angezeigt worden. Mehrmalige Nachverhandlungen führten zu keinem positiveren Ergebnis.

GRin Frommhold-Buhl fragte, wie lange sich die Schimmelbeseitigung ggf. hinauszögern ließe und ob diese Maßnahme von der Gesamtmaßnahme gelöst werden könne.

BAL Schöfer informierte über die in Zusammenarbeit mit dem Architekten definierten Arbeitsabschnitte:

1. Abschnitt
Beräumung und Rückbau der befallenen Substanzen; Aufwand ca. € 75.000,-;
kann losgelöst von den übrigen Maßnahmen erfolgen
2. Abschnitt
Fundamentunterfangung – vorgesehen für die Wintermonate
3. Abschnitt
restliche Gebäudesanierung = Großteil der Kosten

Bgm. Heilmeier schlug vor, den vorgelegten Beschlussvorschlag in zwei Abstimmungen zu gliedern.

Damit bestand Einverständnis.

GR Meidinger bat um eine Auskunft, ob die Schimmelproblematik mit dieser Maßnahme endgültig behoben wäre und inwieweit es eine Möglichkeit gäbe, die Schimmelbildung auf andere Art kostengünstiger zu stoppen (z. B. Austrocknung des Gebäudes).

GRin Auinger regte an, den Begriff „zeitnah“ zu definieren. Zudem bat Sie, die Mehrkosten für die Architektenleistungen für den Fall einer Unterbrechung zu beziffern.

BAL Schöfer verwies auf den letzten Absatz des Sachverhalts, in dem die zusätzlichen Kosten dargestellt worden waren. Maßgeblich wird der Zeitraum der Unterbrechung sein. Eine „Verlangsamung“ des Projektes hat keine Auswirkung auf die Honorare. Hinsichtlich des Gerüstes bedarf es einer Entscheidung, ob die Kosten für einen Rück- und Neuaufbau oder weiterhin die Standkosten in Kauf genommen werden sollen.

Das mit der Denkmalpflege abgestimmte Sanierungskonzept beinhaltet eine „Leitschicht“, die freizulegen ist; sie bildet die Basis für die Wiederherstellung des historischen Gebäudes. Diese „Leitschicht“ ist bereits von Myzelen befallen. Mit Desinfektion kann man den Befall nach der Freilegung eventuell inaktivieren, jedoch nicht gänzlich beseitigen. Sobald sich die Wachstumsbedingungen wieder begünstigen, wird sich der Befall wieder ausbreiten. Der Denkmalschutz bezeichnet diesen Zustand als „hinnehmbar“, BAL Schöfer war davon noch nicht überzeugt. Das belastete Material müsse so weit wie möglich abgetragen und die Oberflächen mechanisch gereinigt sowie neu desinfiziert werden; mit Raumluftentfeuchtern allein lässt sich der Zustand nicht verbessern.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt, in Anbetracht der dargestellten finanziellen Randbedingungen das Projekt Sanierung Wohngebäude Albert-Einstein-Straße 2. Bauabschnitt fortzusetzen. Die Förderung nach KommWFP ist zeitnah zu beantragen.

Abstimmung: Ja 27 Nein 4

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt, in Anbetracht der dargestellten finanziellen Randbedingungen das Projekt Neubau Altengerechte Wohnanlage Bahnhofstraße vorläufig zu unterbrechen. Bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2021 ist erneut darüber zu entscheiden, ob das Projekt fortgesetzt werden soll.

Abstimmung: Ja 31 Nein 0

Beschluss 3:

Der Gemeinderat beschließt, in Anbetracht der dargestellten finanziellen Randbedingungen die Planung für das Projekt Neubau Jahnturnhalle 2 vorläufig zu unterbrechen. Bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2021 ist erneut darüber zu entscheiden, ob das Projekt fortgesetzt werden soll.

Abstimmung: Ja 30 Nein 0
GR Langwieser nicht anwesend

Beschluss 4:

Der Gemeinderat beschließt, in Anbetracht der dargestellten finanziellen Randbedingungen die Planung für das Projekt Neubau Mensa Mittelschule vorläufig zu unterbrechen. Bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2021 ist erneut darüber zu entscheiden, ob das Projekt fortgesetzt werden soll.

Abstimmung: Ja 31 Nein 0

Beschluss 5:

Der Gemeinderat beschließt, in Anbetracht der dargestellten finanziellen Randbedingungen die Planung für das Projekt Erweiterung des Horts zur viergruppigen integrativen Einrichtung vorläufig zu unterbrechen. Bei der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2021 ist erneut darüber zu entscheiden, ob das Projekt fortgesetzt werden soll.

Abstimmung: Ja 31 Nein 0

Beschluss 6:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, für die Vorbereitung der Haushaltsberatung alternative Umsetzungsmöglichkeiten für die Erweiterung des Horts zur viergruppigen integrativen Einrichtung, z. B. mit Containern, zu prüfen.

Abstimmung: Ja 29 Nein 2

Beschluss 7:

Der Gemeinderat beschließt, in Anbetracht der dargestellten finanziellen Randbedingungen das Projekt Sanierung Mesnerhaus fortzusetzen.

Abstimmung: Ja 3 Nein 28 (abgelehnt)

Beschluss 8:

Der Gemeinderat beschließt, die gebäudesubstanzerhaltenden Maßnahmen am Mesnerhaus zeitnah zur Umsetzung zu bringen.

Abstimmung: Ja 30 Nein 1

TOP 9 Bekanntgaben**TOP 9.1 Vergabe Krippen- und Kindergartenplätze**

ALin Wiencke-Bimesmeier informiert das Gremium über den aktuellen Sachstand:

Durch die beiden Einrichtungen, die im Herbst 2020 in Betrieb gehen werden, hat sich die Situation deutlich „entschärft“. Die Warteliste aus dem vergangenen Betreuungsjahr konnte komplett abgebaut werden. Zudem konnte allen Kindern, die bis einschließlich Ende November 2020 das dritte Lebensjahr vollenden, ab September ein Kindergartenplatz zugewiesen werden. Bei älteren Kindern wurden die von den Eltern in der Anmeldung angegebenen Prioritäten berücksichtigt; Eltern jüngerer Kinder wurden auch Plätze in Einrichtungen angeboten, die nicht mit Priorität 1, 2 oder 3 benannt waren. Wenige Eltern, insbesondere in den Ortsteilen Mintraching und Massenhausen, zogen es vor, ein weiteres Jahr auf ihren „Wunschplatz“ zu warten. Restplätze in geringer Zahl sind zum Teil noch vorhanden; sie können während des Jahres mit dann Dreijährigen oder neu zugezogenen Kindern belegt werden.

Es gibt immer noch einige Einrichtungen, die den Umfang der betriebsgenehmigten Plätze nicht abbilden, teils durch verkürzte Betreuungszeiten oder weniger Plätze.

Um eine gute pädagogische Arbeit zu ermöglichen, wurde in Abstimmung mit allen Einrichtungen versucht, für den neuen Kindergarten „Am Sportplatz“ eine Altersmischung zu bilden. Dies ist teilweise gelungen. Insgesamt wird der neue Kindergarten mit vier, nicht komplett belegten Gruppen an den Start gehen. Personal für diese Gruppen konnte bereits gewonnen werden und wird zum 01.07.2020 eingestellt. Für die Eingewöhnung ist ein Zeitraum von einigen Wochen vorgesehen, die „Beginnzeiten“ werden mit den Eltern besprochen und festgelegt.

Im Krippenbereich hat sich die Situation ebenfalls erfreulich entwickelt. Nachdem die Dreijährigen in den Kindergarten wechseln konnten, standen mehr freie Plätze zur Verfügung. Mithilfe der zusätzlichen zwei neuen Gruppen konnten auch im Krippenbereich alle Kinder versorgt werden.

Alle Einrichtungen arbeiten mit der gleichen Gruppenstruktur analog der vergangenen Jahre weiter. Personalmangel herrscht in einigen Einrichtungen, so dass es weiterhin nicht belegbare Plätze bzw. verkürzte Öffnungszeiten gibt.

Insgesamt gestaltete sich die Platzvergabe für das Betreuungsjahr 2020/21 aufgrund der Kontaktbeschränkungen durch Corona wesentlich arbeitsintensiver. Angefangen von teils fehlenden „Tagen der offenen Tür“ bis zu abgesagten Leitungsbesprechungen, z. B. für die Platzvergabe, waren die Arbeiten im Rathaus sehr viel umfangreicher als in den Vorjahren. Die Zusammenarbeit mit den Trägern erwies sich wieder als ausgesprochen gut und vertrauensvoll.

TOP 9.2 Ganztagsklassen Grundschulen und Jo-Mihaly-Mittelschule

ALin Wiencke-Bimesmeier berichtete, dass in den ersten Jahrgangsstufen der beiden Grundschulen jeweils wieder eine Ganztagsklasse gebildet werden kann. Nicht alle eingegangenen Anmeldungen konnten berücksichtigt werden; Alternativen konnten im Hort oder der Mittagsbetreuung angeboten werden.

Für den Hort liegen sehr viele Anmeldungen vor. Allerdings ist aktuell eine Erzieherstelle unbesetzt; eine erste Ausschreibung war erfolglos. Sollte eine weitere Kraft gewonnen werden, können sofort mehr Kinder aufgenommen werden. Die Ausschreibung läuft, auch „inoffizielle“ Kanäle werden genutzt.

In der Mittelschule wird es ab dem Schuljahr 2020/21 ein offenes Ganztagsangebot in Trägerschaft der Johanniter Unfallhilfe e. V. geben. Es können zwei Gruppen gebildet werden. Aktuelle Anmeldungen: 40 Zählkinder.

Der Antrag auf Einrichtung eines offenen Ganztagsangebots wurde fristgerecht über das Schulamt bei der Regierung eingereicht. In den Räumen, die für den offenen Ganztags vorgesehen sind, werden noch kleinere Renovierungsarbeiten durchgeführt. Die Möblierung kann überwiegend aus vorhandenem Mobiliar erfolgen.

TOP 10 Anfragen

TOP 10.1 Anfragen aus dem Gremium

TOP 10.1.1 Hochwasserschutz Fürholzen

GR Heumann nahm Bezug auf das Investitionsprogramm, in dem der Hochwasserschutz Fürholzen mit einem Betrag von € 0,00 veranschlagt und die Summe für den Hochwasserschutz Giggerhausen halbiert worden sei. Er erkundigte sich hinsichtlich des Sachstands.

BAL Schöfer erläuterte, dass das ursprüngliche Planungskonzept aufgrund der Kostenentwicklung und der damit einhergehenden mangelnden Förderfähigkeit gescheitert sei. Daraufhin sei ein Re-Naturierungsprojekt in Aussicht gestellt worden, das Rückhaltefunktionen für Hochwasserereignisse beinhalten kann. Genauso wie für das Hochwasserrückhaltebecken bedarf es hierfür Flächen, die sich noch in Privatbesitz befinden und somit noch nicht zur Verfügung stehen. Erst wenn die Grundstücksverfügbarkeit zum größten Teil gesichert ist, erscheint ein Start mit der neuen Planung sinnvoll. Da in diesem Jahr damit nicht mehr zu rechnen ist, wurden die vorgesehenen Mittel für andere Zwecke freigegeben.

TOP 10.1.2 Radweg Fürholzen - Massenhausen

GRin Rößler sprach die Vorstellung der Planungen an. Sie bat um eine Information zum aktuellen Stand.

BAL Schöfer teilte mit, dass die in der Präsentation enthaltenen „Lücken“ zwischenzeitlich nachgearbeitet worden seien, insbesondere die geforderte Querungshilfe im Bereich des Massenhausener Sportheims. Aufgrund der Pandemie gestaltet sich die Abstimmung mit dem Staatlichen Bauamt in Bezug auf die sicheren Angebote für die Radfahrer/innen im innerörtlichen Bereich schwierig.

TOP 10.1.3 ISEK

GR Langwieser regte eine zeitnahe Einberufung einer Beiratssitzung an.

Bgm. Heilmeier verwies auf die Veränderungen in der Besetzung; er hat die Fraktionen diesbezüglich bereits kontaktiert.

TOP 10.1.4 Corona-App

GR Langwieser unterstützte die Corona-App und bat die Verwaltung, dafür zu werben.

Bgm. Heilmeier teilte mit, dass auf der gemeindlichen Homepage in der Einführung zu den aktuellen Corona-Maßnahmen bereits eine befürwortende Formulierung zur Corona-App enthalten sei.

TOP 10.1.5 Digital-Pakt

GR Buschendorf brachte einen Antrag der „Bürger für Neufahrn“ zum Digital-Pakt in Erinnerung. Er erkundigte sich, inwieweit bereits Maßnahmen beschlossen worden und Gelder geflossen seien.

Kämmerer Halbinger informierte über ein konstruktives Gespräch mit den Schulleitungen. Das weitere Vorgehen sei besprochen worden. Die Thematik wird weiter verfolgt, sobald seitens der Schulen alle Informationen vorliegen.

Bgm. Heilmeier verdeutlichte, dass von staatlicher Seite Gelder für Endgeräte zugesagt worden seien, bezüglich des damit verbundenen personellen Aufwands bedarf es noch einer präzisen Abstimmung zwischen den Schulen und dem Sachaufwandsträger.

TOP 10.1.6 Statue vor der Käthe-Winkelmann-Halle

GRin Auinger fragte, wann die Statue vor der Käthe-Winkelmann-Halle wieder aufgestellt werde. Derzeit befinde sie sich im Foyer der Halle.

Bgm. Heilmeier sagte zu, den Geschäftsleiter des Kommunalunternehmens diesbezüglich zu kontaktieren.

TOP 10.2 Anfragen aus dem Publikum

TOP 10.2.1 Unterhalt von Kindertagesstätten

Bgm. Heilmeier verdeutlichte auf Anfrage eines Bürgers, dass der Unterhalt von Kindertagesstätten ebenso wie Neuinvestitionen in den Haushaltsberatungen wie üblich berücksichtigt werden.

Neufahrn, 06.07.2020

Vorsitzender

Franz Heilmeier

1. Bürgermeister

Ursula Gailus

Protokollführung